

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 17.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 15. August 1896.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offerten - Annahme 10 Pf. Redaktion u. Verlag: Schmiedestr. 15.

5. Jahrg.

Vom Verbandstage zu Harburg.

Der Verbandstag hat seine Arbeiten beendet, die ihm gestellten Aufgaben gelöst. Längst sind seine Teilnehmer in ihrem täglichen Wirkungskreise, und in der Zeit, welche die kapitalistische Kröbn ihnen frei läßt, damit beschäftigt, die Verbandstagsbeschlüsse zur Geltung, zur Verwirklichung zu bringen.

Den Mitgliedern wird das ausführliche Protokoll so rasch wie möglich zugänglich gemacht werden, heute wollen wir ein kurzes Bild der Verhandlungen geben, das selbstverständlich auf photographische Treue Anspruch nicht machen kann, sondern eben nur in knapper Form einen Einblick in die Arbeiten des Verbandstages gewährt.

Das Zusammentreten unseres 3. ordentlichen Verbandstages wurde in den Kreisen unserer Kolleginnen und Kollegen mit gespanntester Ausererwartung erwartet. War es doch seit Verlehen und Wirken der Organisation zum ersten Male, daß Differenzen bestanden, deren Beilegung nicht sofort möglich war, sondern erst auf dem Verbandstag, als der obersten Instanz, zur Sprache und zum Ausgleich gebracht werden sollten. Manche befürchteten heftige Auseinandersetzungen, deren Nachwirken für die Organisation keineswegs von Vortheil sein würde, sondern deren Gehäuftheit und Anwesenheit hindern und lähmen könnte.

Wenn man von der Stimmung der Abgesandten unserer Kollegen auf die Stimmung der letzteren selbst einen Schluß ziehen darf, so sind diese Befürchtungen widerlegt. Die Kollegen alle, welche mit so regem Eifer an unseren Verhandlungen theilnahmen, rechtsfertigen die Annahme vollkommen, daß für sie die Beschlüsse des Verbandstages oberstes Gesetz sind. Auch unsere Kollegen, welche von unserer Arbeit wohl räumlich getrennt, im Geiste aber an derselben theilnahmen, sie mit den heißesten Wünschen begleiteten, auch für sie sind die Beschlüsse des Verbandstages entscheidend. Und wenn auch die persönliche Meinung hier und da von den gefassten Beschlüssen abweicht, wer vergähe so vollständig das demokratische Prinzip und verlangt, daß seiner Meinung eine größere Geltung eingeräumt werden sollte als dem Spruche der Mehrheit, der obersten Instanz?

Die ersten Tage waren der Berathung der Taktik gewidmet, welche wir bei unseren Angriffs- und Verteidigungskämpfen zu befolgen haben. Die Debatten knüpften sich an den Bericht des Vorsitzenden und an die Kämpfe, die wir im verflohenen Frühjahr zu bestehen hatten, unter deren Eindruck wir uns alle noch befinden. Es war keine Diskussion, welche sich in den luftigen Gefilden der Spekulation bewegte, sondern die den Pfaden der praktischen Erfahrung folgte. Darum waren die Berathungen auch äußerst erfrischlich. Nicht Kleinmuth und Verzagtheit klang aus denselben, nein, Muth, trotziger Muth, gepaart mit dem Bestreben, zu lernen, wie man dem Gegner an Macht und Strategie ebenbürtig wird, die Mützen derselben ausfindig macht und die eigenen so wenig wie möglich den Angriffen aussetzt. Mancher unserer bei der Agitation thätigen Kollegen hat im Verlaufe der diesjährigen Kämpfe einen reichen Schatz von Erfahrungen gesammelt, so daß es bei manchem derselben der Debatten erst gar nicht bedurfte hätte, um die Ueberzeugung in ihm reifen zu lassen, daß die Bestimmungen, welche im § 11 unseres Organisationsstatuts enthalten sind, der Niederschlag der Erfahrungen im Gewerkschaftskampfe sind, und daß man schon eine ganze Portion Einsicht gewonnen hat, wenn man sich in den Geist dieser Bestimmungen hineinlebt, und sie nicht als das betrachtet, was sie scheinen: als todte Buchstaben. Diese todten Buchstaben reden eine gar bereedete Sprache. Lernen wir sie alle verstehen, und wir werden weniger Enttäuschungen erleben.

Harte Worte sind auf dem Verbandstag gefallen. Wir kommen ja nicht zusammen, um uns Artigkeiten zu sagen, sondern um das uns am meisten Fördernde, unsere Ziele am raschesten Näherbringende zu suchen. Jeder glaubt, der Allgemeinheit wird am besten dadurch gefrommt, wenn seine Meinung in die That umgesetzt und befolgt wird. Was Wunder, wenn er also mit Energie für seine Meinung eintritt, die entgegenstehende bekämpft. Das ist kein Fehler, sondern nothwendig, das Gegentheil wäre geistiger Stillstand!

Das sollten vor allen Dingen jene Kolleginnen und Kollegen beherzigen, welche durch ihre Aktionen im

Frühjahr zur Führung dieser Debatten beigetragen haben. Es könnte die Annahme berechtigt erscheinen, diese Kollegen könnten sich durch Wendungen und Ausfälle beschwert fühlen! Urtheile man nicht nach dem geschriebenen Satz, dieser täuscht, er giebt das Gefühl, die Meinung der Lebenden höchst unvollkommen wieder! Das Streben aller am Verbandstag Theilnehmenden bestand darin, das uns Zusammenbindende, das Fesselnde zu betonen, uns noch fester aneinander zu fitten, als es durch die gemeinsamen Leiden und den daraus resultirenden gemeinsamen Kampf schon ohnehin geschieht. Wenn alle Kollegenkreise, die ihre Handlung kritisiert fühlen, so denken, dann kommen sie zur Ueberzeugung, daß es allen Theilnehmern des Verbandstages fern, sehr fern gelegen hat, nach irgend einer Seite zu verlegen; zu vereinen, zu versöhnen war Bestreben Aller. Nun hat der Verbandstag gesprochen, hinter uns liegt das, was auf kurze Zeit uns in Meinungen und Ansichten trennte. Vor uns liegt die Arbeit, unsere Aufgabe, in deren Erfüllung wir uns redlich theilen wollen, wie es wackeren Söhnen und Töchtern der Arbeit geziemt.

Und nun zu den Beschlüssen!

Agitation, Agitation! das war der Ruf, der vor und während des Verbandstages ertönte, vor und während der früheren Verbandstage ertönt ist. Ausdäucht, der heutige Verbandstag hat die richtige Lösung dieser brennenden Frage gefunden, und zwar auf Grundlage der in Nr. 16 des „Proletarier“ veröffentlichten Resolution der Münchener Kollegen. Dieselbe bahnt eine zielbewusste Agitation bei Vermeidung großer Mittelkosten und Fütterung aus einer geistigen Centralstelle an. Sie legt die Ausübung der Agitation in die Hände Derjenigen, welche das zu bearbeitende Feld in seiner Beschaffenheit kennen, und ermöglicht so eine Agitation, welche an die vorhandenen lokalen und provinziellen Nebel anknüpfen kann und hier heraus die Nothwendigkeit der Organisation als Abhilfe der Uebel begründet kann. Schon vor Jahren betonten wir, daß diese Art der Agitation haushälterischer und fruchtbringender ist. Selbstverständlich hat die Centralstelle nach Möglichkeit helfend einzugreifen. Diese Hilfe ist nicht nur beschränkt auf die finanzielle Seite, sondern wird sich in hundert anderen Gelegenheiten zu bethätigen haben. An Kräften, welche als Werber in oben angedeutetem Mahnen thätig sein können, fehlt es uns in den eigenen Reihen nirgends. Sie sind vorhanden in Nord- und Süd-, in Ost- und West-Deutschland; das hat der Verbandstag in erschöpfender Deutlichkeit bewiesen.

Der Verbandstag läßt durch die Annahme der Resolution Offenbach uns im geistigen Zusammenarbeiten mit der Generalkommission, mit den Gewerkschaften Deutschlands. Wir haben uns auf den Boden der auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß gefassten Beschlüsse gestellt. Die Gegner der Generalkommission innerhalb unserer Organisation achten diesen Beschluß, davon sind wir überzeugt.

Laut einem gefassten Beschluß wird unser Kampforgan, der „Proletarier“, eine Aenderung zum Besseren erfahren. Das Adressenverzeichnis fällt weg, der Veranstaltungskalender wird eingeschränkt, die Berichte sind auf das knappste Maas zu beschränken und vom 1. Oktober an erscheint der „Proletarier“ halb Korpus (die seither im „Proletarier“ üblichen Schriftzeichen) und halb Petit (kleine Schriftzeichen). Die hierbei gepflogene Debatte möchten wir unsern wackeren Mitarbeitern, welche ihre Aufgabe zu unserem Leidwesen manchmal zu „gründlich und eingehend“ erfüllten, zum besonderen Studium empfehlen. „Der Berichte Würze ist die Kürze“. Das ist der Extrakt der gepflogenen Auseinandersetzungen. Weg mit den langen Einsendungen, an deren Stelle markante Vorkommnisse aus dem Leben der Ausbeutung, Bildbilder über die Behandlung, welcher die Kollegen ausgesetzt sind, Kritiken der Arbeitsbedingungen. Unsere seitherigen Mitarbeiter werden auch diese Aufgabe zu erfüllen lernen. Wir werden bestrebt sein, den durch die Veränderung im „Proletarier“ gewonnenen Raum so zu verwenden, daß der „Proletarier“ das wieder wird, was er bereits war: ein treuer Berather und Begleiter der Kollegen im Kampfe — und kein Protokollbuch!

Die Starenzeit ist von 6 Monaten auf 1 Jahr erhöht worden. Mit diesem Beschluß hat der Verbandstag nur eine Bahn betreten, die andere Verbände vor uns, belehrt durch die Erfahrung, schon beschritten

haben. Selbst nachdem wir die Höchsthöhe des zu gewährenden Reisegeldes auf 20 Mk. herabgeleht haben, können sich unsere Leistungen auf diesem Gebiete noch sehr wohl mit den Leistungen anderer Organisationen messen, ja sind mancher noch bedeutend voraus! Wohlverstanden, die Beitragsleistung der Mitglieder nicht als Maßstab angelegt.

Die Leistungen an die vorherigen Kollegen sind erhöht worden, das Umzugsgeld an dieselben muß, nach dem neueren Beschlusse, nach Verlauf von zwei Jahren wieder zur Auszahlung gelangen. Hoffentlich werden die Beweggründe für diesen Beschluß von den theilhaftigen Kollegen gewürdigt! Haben letztere doch oft das Ziel des Verbandes um deswillen übersehen, weil sie nur das Reisegeschenk sahen, welches den armen Arbeitslosen gewährt wurde, und dessen Folgen in ökonomischer Hinsicht nicht zu würdigen verstanden. Doch sie dadurch sich manchen überlästigen Konkurrenten vom Halbe hielten, sahen sie nicht ein. Nun wohl! Auch den verheiratheten Kollegen wird jetzt bedeutend mehr geboten, neben unseren allgemeinen Erziehungsinstituten bieten wir ihnen noch ganz naheliegende materielle Vortheile. Nun dürfen wir aber auch erwarten, daß die Kollegen mit ihrem „Wenn“ und „Aber“ einpacken, zu uns kommen und neben „Rechner“ auch Kämpfer werden.

Die seither üblichen Eintritts- und Beitragsbedingungen hat der Verbandstag beibehalten. Dieses legt uns aber die Pflicht ob, durch die Massenbeiträge Das zu erreichen, was uns in Folge der niedrigen Beitragsleistung verloren geht. Also energische Agitation bleibt Lösung! Da wir an die materiellen Leistungen der Mitglieder die geringsten Anforderungen stellen, werden wir auch bei der Agitation auf geringen Widerstand stoßen; eine vortheilhafte Seite der niedrigen Beiträge ist dies zweifellos. Halten wir uns an derselben schadlos.

Der Sitz des Ausschusses ist von Hamburg nach Offenbach verlegt worden; in dem Kollegen Streib haben wir einen ebenso treuen und wackeren Mitarbeiter gefunden, wie wir ihn in dem seitherigen Ausschussvorsitzenden, Kollegen L. Dindhausen, verloren haben. Der Beschluß wird eine weitere Ausdehnung unserer Organisation im Süden Deutschlands zur Folge haben. Lediglich aus diesen Erwägungen ist er gefaßt. Die Kollegen des Nordens können mit denen im Süden in engere Verbindung, das wird zum besseren Verständniß, zur besseren Lösung unserer gemeinsamen Aufgabe führen.

Dies sind die wichtigsten Beschlüsse. Ueber die Details giebt das ersehnte Protokoll Auskunft.

Noch ein Wort zum Schluß! Obwohl der Verbandstag im eifrigen Streben seine Arbeiten vollzog, allen Ansprüchen und Wünschen der Auftraggeber gerecht zu werden, wird ihm das bloß im Allgemeinen gelingen sein. Manche Meinung, welche sich zu einem Antrag verdichtet hatte, ist unterlegen, konnte nicht zum Beschluß erhoben werden. In einem Falle ist ein Delegirter mit seiner Meinung durchgedrungen, in anderen Falle konnte er den Verbandstag von der Wichtigkeit seiner Anschauung nicht überzeugen. Das gilt für alle Teilnehmer des Verbandstages sowohl als für alle Kollegen, welche sich an der vorbereitenden Arbeit für den Verbandstag theilhaftig und seine Thätigkeit verfolgt haben. Wenn wir auch in Einigem von einander abweichen, der Verbandstag hat nur für das allgemeine Ziel die Richtung gegeben, seinen Weisungen folgen wir, und einig sind wir in dem Streben, die Organisation zu fördern, einig sind wir in dem Drange, in die Beschlüsse den richtigen Geist zu legen, einig in dem Ruf: Doch der Verband!

Arbeiterorganisationen werden von den Unternehmern gefürchtet.

Der den Redaktionen von Arbeiterblättern günstige Wind wehte dem „Lübecker Volksblatt“ folgendes Schriftstück auf den Tisch, als neuen Beweis für die Thatsache, daß das Unternehmertum die Arbeiterorganisationen fürchtet:

Verein Deutscher Blech-Emaillewerke.
Lübeck, den 11. März 1896.

P. P.

Es ist mir nachstehender Antrag eingereicht worden:
„Nachdem nach den schweren Jahren, welche die deutsche Blech-Emaille-Industrie durchzukämpfen

gehabt hat, sich seit einiger Zeit eine gewisse Aufwärtsbewegung geltend gemacht hat, welche sich vorläufig allerdings vorzugsweise in einer lebhafteren Beschäftigung der einzelnen Werke zeigt, mehren sich in verschiedenen Gegenden Deutschlands die Anzeichen, daß seitens der Arbeiterschaft diese lebhaftere Beschäftigung dazu benutzt werden soll, um eventuell unter Androhung eines Streiks eine Erhöhung der Arbeitslöhne herbeizuführen. So berechtigt an und für sich das Bestreben jedes Menschen ist, seine Lage zu verbessern, so darf dieses Bestreben doch nicht zu unberechtigten Forderungen führen. Als eine solche muß aber zur Zeit diejenige angesehen werden, eine generelle Erhöhung der Löhne vorzunehmen.

In der Blech-Emaille-Branche sind, trotzdem in den vorausgegangenen Jahren die Verkaufspreise auf ein Niveau gesunken waren, welches kaum die Selbstkosten deckte, in den günstigsten Fällen aber nur eine bescheidene Verzinsung der investierten Kapitalien gestattete, demnach in der ganzen Zeit die Arbeitslöhne seitens der Fabrikanten nicht nur nicht ermäßigt worden, sondern haben durchschnittlich noch, wie aus verschiedenen Handelskammerberichten hervorgeht, eine Erhöhung erfahren. Andererseits aber genügt die bescheidene Preiserhöhung, welche für die Fabrikate bisher erzielt werden können, kaum, um den Ausfall zu decken, welchen die erhöhten Einkaufspreise für Rohstoffe ergeben. (Dafür daß sich die Unternehmer unterbieten, sich selbst die Preise verschlechtern, können doch die Arbeiter nicht büßen. Red.)

Den Arbeitnehmern steht nun in den meiste Fällen eine geschlossene Organisation zur Erreichung etwaiger Forderungen zur Seite, während solche den Arbeitgebern nicht zur Verfügung steht. (Leider ist das Umgekehrte richtig. S. N.) Der Mangel einer solchen macht sich aber bei Ausbruch eines Streiks doppelt fühlbar.

Die Schädigungen, welche der Fabrikant auch bei einem für ihn glücklich durchgeführten Streik erleidet, bestehen nicht nur in großen Geldopfern, sondern auch in dem viel erheblicheren Verlust, welcher dadurch herbeigeführt wird, daß während der Dauer eines Streikes der Betrieb und damit die Lieferungen stocken, so daß die Abnehmer gezwungen werden, sich anderen Lieferanten zuzuwenden, und auf diese Weise oft ganz als Stunden verloren gehen. Hier helfend eingzugreifen ist die Vereinigung im Stande, welche die Blech-Emaillewerke in dem Verein Deutscher Emaillewerke gefunden haben. Es wird daher der Antrag gestellt, die deutschen Blech-Emaillewerke mögen sich im Prinzip bereit erklären, falls auf irgend einem deutschen Blech-Emaillewerk ein Streik ausbricht, für ein solches Werk auf Wunsch Aufträge auszuführen und solche nach Möglichkeit in der Lieferung zu bevorzugen, so daß das betreffende Werk in seiner Lieferung an seine Kundschaft keine Unterbrechung erleidet. Des Weiteren soll gestattet sein, für solche Lieferungen an andere Werke während eines Streikes auf die Erhebung des Aufschlages von 5 resp. 7 1/2 Prozent zu verzichten.

Indem ich diesen Antrag, welchem ich kaum noch etwas hinzuzufügen wüßte, Ihnen hiermit zu unterbreiten mir erlaube, bitte ich, mir freundlichst mit möglichster Beschleunigung mittheilen zu wollen, ob Sie sich demselben zustimmig erklären.

Ich würde den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt haben, da die Sache aber einen so langen Aufschub nicht ertragen zu können scheint, so hoffe ich, daß Sie mit der schriftlichen Abstimmung einverstanden sein werden, über dessen Resultat Ihnen baldmöglichst Mittheilung zugehen wird.

Selbstverständlich kann hier, wie bei allen Preisfragen, eine Majorisirung nicht stattfinden, und würden sich nur diejenigen Werke unter einander für gebunden zu erachten haben, welche dem Antrag ihre Zustimmung geben, aber gerade aus diesem Grunde bitte ich, denselben möglichst einstimmig annehmen zu wollen. Der Antrag wird meiner Ansicht nach in hohem Grade geeignet sein, überhaupt den Ausbruch von Streiks zu verhüten, da die Arbeitnehmer sich wohl überlegen werden, ob es rathsam ist, gegen ein Werk in Streik einzutreten, dessen Betrieb sie vielleicht zum Stillstand bringen, welches sie aber nicht in die Lage setzen können, eine Unterbrechung der Lieferung an seine Kundschaft und damit den Verlust derselben befürchten zu müssen. Bei der großen Anzahl der Vereinsmitglieder und der dadurch ermöglichten Vertheilung wird es den Einzelnen nicht schwer halten, auch bei eigener starker Beschäftigung noch einen geringen Theil der Anträge für ein ohne Versuch in Verlegenheit gerathenes Vereinsmitglied zu übernehmen, und aus demselben Grunde wird auch der Verzicht auf den Aufschlag, welcher für das in Streik befindliche Werk bei den großen entziehenden Bezugsunkosten gerechtfertigt erscheint, ohne große Last ertragen werden können, weil diese Maßregel auf völlige Gegenseitigkeit basiert, und keiner weiß, ob er nicht in nächster Zeit in dieselbe Lage gerathen kann. Unstreitig aber wird eine solche Maßregel zur Stärkung der Kollegialität, welche zur geordneten Weiterentwicklung unserer Branche durchaus erforderlich ist, nur beitragen können.

Ich sehe daher Ihrer geschätzten Erklärung gern entgegen und zeichne

Hochachtungsvoll

Verein Deutscher Blech-Emaillewerke

Der Vorsitzende

(gez.) Heinr. Thiel.

Dem Unternehmertum das Recht der Organisation zur eigenen Interessenwahrung, dem Arbeiter die Desorganisation, die Berriffenheit, damit er mit größerem Erfolg ausgenutzt werden kann, so will es das Unternehmertum. Werden die Arbeiter des Herrn Thiel sowohl als die Arbeiter auf den anderen Emaille-Werken endlich auch einsehen, daß, wenn sie ihre Interessen wahren wollen, sie sich vereinigen müssen, ganz gleich, ob es dem Unternehmer paßt oder nicht?

Als Nachspiel vom Streik

Der Wasserwerkverletern bei der Firma Studen & Andresen in Altona fand am 25. Juli ein Monstreprotest vor der Ferienkammer des Landgerichts Altona statt. Wegen der großen Anzahl der Zeugen und Angeklagten wird die Sitzung im Zuhörersaal abgehalten. Die Vertheidigung der 19 angeklagten Kolleginnen führt Rechtsanwalt Dr. Suse, Hamburg.

Angeklagt sind die Kolleginnen: 1. Anna Snaat, geb. Müller; 2. Dorothea Müller; 3. Matharina Dohli; 4. Franziska Meyer; 5. Anna Maack; 6. Bertha Eidig; 7. Maroline Wölsch; 8. Amalie Eggert; 9. Clara Elde, geb. Schinkel; 10. Amalie Rodait; 11. Alera Sostinska; 12. Bertha Galtzer; 13. Olga Wähl; 14. Tora Fischer, geb. Vachmann; 15. Marie Thies; 16. Amalie Stuhle; 17. Clara Pud, geb. Jacobsen; 18. Marie Borchert; 19. Adele Waas.

Es wurde angeklagt wegen: Den Versuch gemacht zu haben, ihre Mitarbeiterinnen durch Ehrverletzungen, Drohungen und Anwendung körperlichen Zwanges zu bestimmen, sich an Verabredungen und Vereinigungen zu betheiligen, welche den Zweck haben, mittelst Einstellung der Arbeit günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen (§ 153. v. Gewerbeordnung); die Beschäftigten ad 1-8 und 10-13 sollen ihre nicht streikenden Kolleginnen öffentlich beschimpft und die ad 14-19 mißgehandelten Werkzeuge, mißhandelt haben. Als Zeugen sind 18 Arbeiterinnen geladen. Der Tatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist folgender: Gelegentlich des Streiks der stoffverletern kam es in der Nähe der in der großen Elbstraße gelegenen Arbeitsstätte und in den umliegenden Straßen zu zahlreichen Streitigkeiten zwischen den streikenden und nicht streikenden Arbeiterinnen. Die sogenannten Streikbrecherinnen sollen hierbei in vielen Fällen körperlich mißhandelt, beschimpft und bedroht worden sein, um sie dadurch zur Wiederlegung der Arbeit und Betheiligung am Streik zu veranlassen.

Folgende Fälle sind zur Anzeige gekommen: Am 3. April wurden die nicht streikenden Arbeiterinnen Elise Meyer und Maria Noage auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte von zahlreichen streikenden Kolleginnen umringt und belästigt, wobei sich besonders Anna Snaat, Dorothea Müller und Matharina Dohli hervorthaten. In gleicher Weise wurden an demselben Tage die Ehefrauen Klemann, Willer, Schütt und die unverheirateten Louise Lange, Frida Stroh und Sophie Böning mißhandelt. Am folgenden Tage, Abends, wurde den von der Arbeit heimkehrenden Mädchen Schuldt, Wrahnst und Westphal in ähnlicher Weise mißgehandelt. Am Morgen des 18. April wurden die Arbeiterinnen Wülfsen, Fied und Böking, und am Abend desselben Tages die Arbeiterinnen Braugowig und Kempfer in oben erwähnter Weise behandelt. In diesen Straftaten sollen sich die ad 1-19 aufgeführten Kolleginnen mehr oder minder betheiligt haben.

Der Zuhörerraum ist überfüllt, da man in Hamburg-Altona Arbeiterkreise der Sache ein großes Interesse entgegenbringt. Die Angeklagten erklären sich auf Befragen der ihnen zur Last gelegten Straftaten nicht schuldig, theils bestreiten sie direct ihre Betheiligung an den der Anklage zu Grunde liegenden Vorgängen, theils stellen sie dieselben in ganz anderer Weise dar, wie die Anklageschrift. Die Angeklagten, sowie die von ihnen bezeichneten Entlastungszeugen treten den Behauptungen der Belastungszeugen gegenüber; interessant ist die Thatsache, daß einige der Streikbrecherinnen gerade als diejenigen hingestellt werden, welche ihre Kolleginnen am meisten zum Streik aufgereizt haben. Der Vertheidiger Dr. Suse protestirt dagegen, daß die von ihm bezeichneten Entlastungszeugen unbedeutend vernommen werden, gerade als ob sie unglaubwürdig seien als die Belastungszeugen. Der Vorsitzende erwiderte, daß er deshalb diese Praxis eingeschlagen, weil vielleicht einige der Zeuginnen der Mithäterschaft verdächtig seien, jedoch sei er bereit, dem Wunsche des Vertheidigers nachzukommen und die Entlastungszeugen zu vernehmen, was denn auch geschieht.

Nach Schluß der Vernehmung der 19 Stoffverletern konstatiert Dr. Suse, daß die Belastungszeuginnen durch Herrn Studen veranlaßt worden seien, ihre angeblichen Belästigungen bei der Polizei zu melden. Ferner läßt er feststellen, daß eine seiner Klientinnen seit dem 18. April in Untersuchungshaft sich befindend, drei andere haben sechs Wochen, mehrere andere einige Tage lang darin zugebracht.

Der Staatsanwalt nimmt zur Begründung seiner Anklage das Wort. Er hält dieselbe in vollem Maße für erwiesen, es könne sich nur um das Strafmaß handeln. Er behandle die Straftaten der Angeklagten sehr milde und beantrage gegen Thies vier Monate, gegen die Angeklagten Meyer, Maack, Eidig, Wölsch, Eggert, Rodait, Sostinska, Galtzer, Wähl, Fischer, Stuhle, Borchert je drei Monate, gegen Elde, Waas je zwei Monate, gegen Snaat und Müller je vier Wochen Gefängniß für Dohli und Pud Freisprechung. Der Vertheidiger Dr. Suse fährt in einer dreiviertelstündigen glänzenden Vertheidigungsrede an, daß die Angelegenheit seiner Klientinnen sehr milde zu beurtheilen sei, da man die Erregung, in der die Personen sich in jener kritischen Zeit befanden haben, berücksichtigen müsse. Die Gewerbeordnung, wegen deren Verletzung seine Klientinnen angeklagt seien, stamme aus einer Zeit des abentheuerlichen Unternehmertums und atme den Geist desselben. Wenn es sich nicht um Streikbrecherinnen handelte, so würde der Strafantrag des Staatsanwalts gar nicht zu verstehen sein. Derartige Verleumdungen und Thätlichkeiten, deren seine Klientinnen beschuldigt würden, seien wahre Lappalien zu nennen, die zu anderer Zeit durch eine kleine Geldstrafe gesühnt werden würden. Er bitte deshalb den Gerichtshof, weitgehendste Milde walten zu lassen. Nach zweistündiger Verathung erachtet der Gerichtshof wie folgt: Gegen Rodait vier Wochen Gefängniß, welche durch die seit dem 18. April erlittene Untersuchungshaft für verbüßt gelten, gegen Sostinska, Galtzer und Wähl je 60 Mk. Geldstrafe, event. 15 Tage Gefängniß (die Strafen der beiden letzteren gelten durch die erlittene sechswochenfristige Untersuchungshaft für verbüßt), gegen Thies 50 Mk., gegen Elde und Fischer je 40 Mk., gegen Snaat, Müller, Meyer, Eidig, Wölsch, Eggert, Stuhle, Borchert und Waas je 30 Mk., gegen Maack 20 Mk. Dohli und Pud werden freigesprochen. Den Verleumdungen wird das Recht zugesprochen, den Tenor des Urtheils nach erfolgter Rechtskraft 8 Tage lang an der Gerichtstafel aushängen zu lassen. Rodait wurde aus der Haft entlassen. E. Häfmeier.

Soziale Rundschau.

Das Urtheil im Essener Meineidsprozeß hat die öffentliche Meinung nachhaltig beunruhigt. Heute liegt

uns, so schreibt der „Vorwärts“, ein Formular mit folgender Einleitung vor:

„Um der Gerechtigkeit willen schließen sich die Unterzeichneten den von Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur unternommenen Petition mit der von Professor Lehmann-Hohenberg befehlworteten Verberung, nicht die „Gnade“, sondern die „Entscheidung“ des Königs bezüglich ihrer Meinung nach zu Unrecht verurtheilten Essener Bergleute anzuschließen, an.“

Ein weiterer Beweis dafür, wie tiefen Eindruck das Essener Urtheil hervorgerufen hat, erbringt auch ein Leitartikel über den Meineid, den das „Magaer Tageblatt“, also ein russisches Blatt, am 6. d. Mts. veröffentlicht. Interessant ist eine Stelle desselben:

„In Wirklichkeit aber kommen derartige Sachen (Verfolgungen wegen Meineids) in Rußland nur sehr ausnahmsweise und meist nur nach vorgängiger Criminalklage vor; der Staat verlangt hier eben nur den guten Willen des Schwörenden und schreitet nur da ein, wo die mala fides, der böse Glaube des Deponenten (des Zeugen) nicht zu offen hervortritt.“

Dier können die Russen wahrlich sagen: „W.. Russen sind doch bessere Menschen.“

Die Phosphatfabrik Hoyermann in Rieburg a. d. Weier sucht in bürgerlichen Zeitungen Arbeiter bei 3-4 Mk. und noch mehr Akford verdient pro Tag. Der ortsübliche Lohn dort ist 1,60-2 Mk. Schon daraus wird Jeder ersehen können, was es mit dem Arbeiterges... auf sich hat. Wenn ein solcher Verdienst in der Fabrik zu erzielen wäre und man den Leuten eine Behandlung angedeihen ließe, mit der sie zufrieden wären, dann wären sicher genügend Arbeiter am Orte bereit, in der Phosphatfabrik anzufangen. Ueberlege es sich also Jeder genau, ehe er der Fabrik auf ihre Annoncen-Angebote antwortet.

Zur Illustration der Zustände, welche die selbstverständlich auch in Sachen noch bestehende mittelalterliche Gesindeordnung zeitigt, diene folgendes im „Sächs. Volksblatt“ veröffentlichte „Zeugniss“ und dessen Anhang: „Inhaber Lorenz Findel war vom 3. November 1895 bis heute bei mir als Pferdebesitzer, Unehrlichkeit ist mir nicht bekannt, der Winter verlief in Zufriedenheit, während im Frühjahr Widerwille und Faulheit eintrat, worauf dann der Abgang erfolgte, welcher durchaus nicht bedauert wird. Mittergut Klauschwig, den 14. Juli 1896. (Stempel.) Erdmann Klöpfer. — Laut § 96 der Gesindeordnung vom 2. Mai 1892 und gestellten Antrages wird daher gegen Findel hierdurch eine Haftstrafe von sechs Tagen erkannt von Rechts wegen. v. Polenz.“ Die Haftstrafe von sechs Tagen ist die Sühne für den eigenmächtigen Abgang des Findel; trotzdem derselbe doch brummen. Diese Bestimmungen der Gesindeordnung und deren Anwendung sind den unter der Gewerbeordnung stehenden Industriearbeitern fast unverständlich. Nun, auch die unter der Gesindeordnung stehenden Arbeitsmenschen werden immer mehr zur Erkenntniß kommen, daß nur mit gekündelter Arbeit tabula rasa mit sämtlichen heutigen „Ordnungen“ zu Gunsten der Enterbten und Entrechteten gemacht werden kann.

Aus London berichtet die Londoner „M. R.“: Der Exekutiv-Ausschuß des Internationalen Verbandes der Schiffs-, Dock- und Flußarbeiter berieth am Donnerstag über die Nöthigkeit eines allgemeinen Ausstandes in allen Häfen Großbritanniens, Amerikas und des Festlandes. Von 87 europäischen Häfen waren Berichte eingegangen über die vom Verbands gestellten Forderungen. Borerst sollen Kundgebungen in den Haupthäfen Englands, Schottlands und des Festlandes stattfinden, ehe der allgemeine Ausstand ausgeschrieben wird. Anfangs hatte man den 16. August als Tag der Ausstands-erklärung festgesetzt; davon hat man aber inzwischen Abstand genommen.

Korrespondenzen.

Barmbeck. Am Dienstag, den 14. Juli, tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der 1. Punkt der Tagesordnung: „Der Nutzen der Verkürzung der Arbeitszeit“, wurde durch einen sehr lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Lüth erledigt. Die unter Punkt 2 gegebene Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von 651,72 Mk. und eine Ausgabe von 483,47 Mk., bleibt ein Restbestand von 168,25 Mk. Nachdem die Abrechnungen der Agitations- und der Unterstützungscommission erledigt waren, wurden die Neuwahlen der Hilfskassier und Thürkontrollen vorgenommen. Sodann wurde der Kartellbericht von den Delegirten erledigt. Hierauf machte der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß mit der Agitationscommission zusammen den streikenden Weibern in Langenbielau 50 Mk. bewilligt seien. Der Streik in der Meismühle auf dem Hammerbrod wurde durch einen ausführlichen Bericht von dem Kollegen Sad klargestellt. Es wurde beschlossen, den Streikenden 100 Mk. zu überweisen, aber von den einlaufenden Geldern der zurückliegenden Sammelbogen wieder in Abzug zu bringen. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß von jetzt ab unsere Versammlungen am 1. Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn M. Klupp, Ecke Denzels- und Dietrichstraße, tagen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Bergeedorf. Die hiesige Zählstelle hielt am Sonnabend, den 11. Juli, im Vereinslokale „St. Petersburg“ ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Ueber die Anträge zum Verbandstage sprachen die Kollegen Stille und Krismansky. Nachdem der von den Delegirten erstattete Bericht vom Gewerkschaftsstatistik erledigt wurde, wurde beschlossen, auf eine Verlesung der Abrechnung vom Sommervergnügen zu verzichten und diese den Bevollmächtigten zu überweisen. Dem Kollegen W. wurden 10 Mk. als Unterstützung bewilligt. Der Punkt, Wie verhalten wir uns bei Sterbefällen von Mitgliedern“, veranlaßte eine lange, lebhafteste Debatte. Schließlich gelangte ein Antrag des Kollegen Klein zur Annahme, daß jedes verstorbene Mitglied auf Verbandskosten einen Kranz erhalten und daß die Festsetzung der Farbe der Schleiße den Hinterbliebenen zuzusehen

Soll. Kollege Stille wies auf die im Streik befindlichen Kollegen der Norddeutschen Meismühle in Hamburg hin. Denselben wurden 30 Mk. bewilligt. Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung soll auf Antrag des Kollegen Hood gestellt werden: Abschaffung resp. Einschränkung der Unterstellungen.

Delmenhorst. Am Sonnabend, den 11. Juli, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in welcher der Kollege Rehn zunächst den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete. Darauf trat die Versammlung in die Durchberatung der Statuten ein. Da der Kollege Brinkmann sein Amt als 1. Bevollmächtigter niederlegen mußte, so wurde an seiner Stelle der Kollege Rehn mit Mehrzahl der Stimmen in Vorschlag gebracht. Mehrere Bauarbeiter regten die niedrigen Löhne an, welche sie erhalten. Zwischen einem Unternehmer und dessen Arbeiter haben schon einmal Lohnunterschiede bestanden. Die Angelegenheit soll durch eine Kommission von 3 Personen geregelt werden. Die Einberufung einer Volksversammlung, welche gleichfalls zu der Frage Stellung nehmen soll, ist geplant. Nachdem noch 10 Personen als Mitglieder in den Verband aufgenommen waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Eintracht. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 26. Juli und nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Stille entgegen. Redner schilderte das Streben des Unternehmertums auf Beseitigung des Koalitionsrechtes der Arbeiterinnen und Arbeiter, wie es beispielsweise bei dem Kampf der Direktion der Norddeutschen Meismühle gegen die Arbeiter klar zu Tage trete. Auch verschiedl. Behörden leisteten, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, sei dahingestellt, den Unternehmern durch Verfügungen Unterstützung. Die vorläufige Schließung der Zahlstelle Hamburg sei sicher nicht im Interesse der Arbeiter geschehen. Die Arbeiter müßten in derselben Weise, wie ihr Koalitionsrecht bedroht würde, nur so fest zusammenstehen, um den Feinden des Koalitionsrechtes zu zeigen, daß die Arbeiter entschlossen sind, sich die färglichen Rechte zu wahren, daß es ihnen nicht allein um das Verhindern der Verkümmern derselben zu thun ist, sondern eine Erweiterung derselben dringend geboten erscheint. — Unter Punkt 2 wurden Wahlen vorgenommen. Punkt 3 der Tagesordnung befaßte sich mit einer von den Arbeitern der Hanfabrikerei gegen die Direktion erhobenen Beschwerde, die Entlassung eines Kollegen betreffend. Die Angelegenheit soll von den Bevollmächtigten und Revisoren untersucht werden. Abschluß der Versammlung ein.

Wittstock. Am 25. Juli, Abends 8 Uhr, fand im Lokale des Herrn Wint unsere Mitglieder-Versammlung statt, welche die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag zu bringen und die Delegierten zum Gewerkschaftskartell zu wählen hatte. Nach Erledigung dieser Punkte wurde allgemein getabelt, daß die Kollegen die Versammlungen so schlecht besuchen, eine Besserung dieser Verhältnisse muß angestrebt werden. Jeder Kollege sollte es sich zur Pflicht machen, die Versammlungen zu besuchen und die fernstehenden Kollegen zum Beitreten und Mitkämpfen zu bewegen. Nur dann kann der Verband zu dem werden, was er werden soll, ein Schutzwall gegen die Macht des Kapitals.

Hamburg. Am 24. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung im „Gammnania-Gesellschaftshaus“, Sothe Bleichen. Nach Verlesen des Protokolls wurden die seitens der Bevollmächtigten und Revisoren gestellten Anträge zum Verbandstage nochmals zur Debatte gezogen; außerdem stellte Genosse Muhlhand den Antrag, das Verbandsorgan, den „Proletarier“, zu vergrößern. Es entspann sich betreffs dieses Antrages eine Debatte, an welcher sich die Kollegen Viehscher, Greiß und Muhlhand beteiligten, und mit Annahme des Antrages endete. — Bei Punkt 2, „Unsere Arbeit hier am Orte“, berichtete zunächst Greiß über die Unterhandlungen mit der Garfa-Brauerei, sodann brachte Kollege Ahrens die Mißstände bei der Firma Bartels u. Söhne vor; Frau Schmidt legte die jetzt wieder eingetretenen Zustände auf dem Kaffeeboden der Firma Studen u. Andrefen dar. Letzterer Punkt verursachte eine sehr lebhafteste Debatte, an der sich die Frauen Jächhoff, Schmidt und Hagemann, sowie die Kollegen Viehscher, Greiß und Muhlhand beteiligten. Bei Punkt 4, „Innere Verbandsangelegenheiten“, erstattete zunächst Kollege Greiß Bericht vom Kartell, alsdann wurde zur Wahl von 2 Kartell-Delegierten geschritten; gewählt wurden die Kollegen Muhlhand und Staate, sodann wurde noch nach einer längeren Debatte betreffs Streikunterstützung beschloffen, die gemäßigten Mitglieder Frau Kienhöf, Fräulein Franz und Frau Rauch von Seiten der Zahlstelle Hamburg zu unterstützen. — Nachdem Kollege Hüfmeier die Anträge zum Verbandstage einer Besprechung unterzogen und 6 Hilfskassierer gewählt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Hamburg. Eine von 600 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Kaffeeverleserinnen tagte am Freitag, den 25. Juli, im Lokale „Concordia“. Kollege C. Hüfmeier hielt einen 1 stündigen Vortrag über: „Der Mehrerwerb und die schlechten Zustände bei der Firma Studen und Andrefen nach dem Streik“. Redner ruft der Versammlung den Sieg der Kaffeeverleserinnen in das Gedächtnis und führt aus, daß die Siegenden nach dem Streik 14—22 Mk. die Woche verdient haben. Als nun aber, wie immer im Sommer, die Krise eintrat, wurden ein paar hundert Arbeiterinnen entlassen, ferner kamen Maßregelungen vor, der Verdienst sowie die Befandlung von Seiten der Meisterinnen und des Herrn J. Studen wurden immer schlechter, so daß am Mittwoch, den 23. Juli, 30—40 Pfg. pro Tag verdient wurden; 180 Arbeiterinnen legten an diesem Tag 3 1/2 Uhr die Arbeit nieder, es wurde ihnen aber gleich Zulage gewährt und die Arbeiterinnen arbeiteten weiter. Ferner soll 3 Arbeiterinnen die eigenen Handwaagen zum Nachwiegen des ausgefuchten Schmutzes (Treaqe) aus dem Kaffee, nach der Schwere desselben bekommen die Arbeiterinnen bezahlt, weggenommen und in die Elbe geworfen worden sein. Genannter Firmeninhaber will die Verbandsmitglieder nicht wieder einstellen; die Arbeiterinnen der Firma sind an 500 im Verband, eine ganz kleine Zahl ist noch nicht organisiert. Da nun Ende August die gute Zeit für die Kaffeeverleserinnen anfängt und gerade dieses Jahr die Kaffe-Ernte laut Berichten aus Brasilien gut ausfällt, so ist die Firma genehmungen, wenn sie gute Arbeiterinnen haben will, alle Verbandsmitglieder wieder einzustellen. Redner ging scharf mit der Firma ins Gericht und ermahnte die Kaffeeverleserinnen, sich durch nichts einschüchtern zu lassen, sie hätten in dem dreiwöchentlichen Streik 6300 Mk. selbstständig zusammengebracht, worüber sich alle organisierten Arbeiter von Hamburg-Altona freuten. Diese Zahlen zeugten für den Muth, der sie damals besetzte. Zeigen sie auch jetzt den Muth, für sich und für ihre hungernden Kinder zu kämpfen, damit letztere später ein besseres Loos haben als die Eltern jetzt. Redner giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Arbeiterinnen für ihre Mitgeschwestern im Gullenberg-Gebirge Geld gesammelt haben. Der Geist der Solidarität beseele sie, und wenn der Herr J. Studen noch soviel Anschläge in der Fabrik anheften läßt, laut welchen das Sammeln für derartige Zwecke mit Entlassung bestraft wird, so kehren sie sich nicht daran. Der Herr Studen gebe ja auch für patriotische Zwecke Geld. Zum Schluß fordert Redner auf, fest an der Organisation zu halten, der Widerstand der Unternehmer werde sich dann von selber legen. Nach stattgefundenem Diskussions gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige, von 600 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Kaffeeverleserinnen erklärt, daß die Firma Studen und Andrefen ihr gegebenes Ehrenwort der Lohnkommission gegenüber nicht gehalten hat, erklärt sich ferner mit dem Vorgehen der Kaffeeverleserinnen einverstanden und ersucht die Arbeiterinnen von Hamburg-Altona und Umgebung, sich nicht als Lehrlinge bei Studen und Andrefen annehmen zu lassen, da diese Firma die Verbandsmitglieder ausstellen will.“ Greiß machte noch darauf aufmerksam, daß bei

J. Nachmann, M. Freiheit, zu jeder Zeit Aufnahmen vollaufen und Beiträge entrichtet werden können. Ferner, daß das Sommerfest der Zahlstelle Hamburg am 29. August im Lokale Lindenau, Eintracht, stattfindet. Diejenigen welche noch im Besitze von Sammelstücken sind, wurden ersucht, diese so rasch als möglich abzuliefern, da die Abrechnung vom Streik in aller nächster Zeit gedruckt veröffentlicht werden soll. Eine Zeller-Sammlung ergab 15,20 Mk.

Damm. Donnerstag, den 16. Juli, fand unsere Mitglieder-Versammlung statt, in welcher der 1. Bevollmächtigte das Ableben des Kollegen Gwers bekannt machte. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Der 1. Bevollmächtigte gab alsdann den Bericht über den Streik in der Norddeutschen Meismühle. Der Kollege Zed unterzog die Tagesordnung des diesjährigen Verbandstages einer erläuternden Besprechung. Die Versammlung beschloß die Aufnahme einer Statistik, welche sich auf das Zahlenverhältnis der gelehrten zu den ungelerten Arbeitern erstrecken soll. Die nun vorgelagte Abrechnung ergab eine Einnahme von 150 Mk. 96 Pfg. Der Abschlag aus dem Erlös für Waivermarken 106 Mk. 10 Pfg. Auf Antrag des 1. Bevollmächtigten ward beschloffen, vorläufig nichts an die Verbandskasse einzusenden, da das Geld für den Streik auf der Norddeutschen Meismühle notwendig sei. Das Preislokal teilte mit, daß unser Zeit beim Kollegen Heffeld in Elbe abgehalten wird. Der Kollege Johannes Johannsen ward, da keine Mitgliedschaft laut § 7, a. u. eigentlich längst erfolgen ist, ausgeschlossen. Abschluß der Versammlung ein.

Silbesheim. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am Sonntag, den 12. Juli, im Lokale des Herrn Wolf. Nachdem die Abrechnung von dem zweiten Bevollmächtigten vorgelegt und von der Versammlung für richtig befunden worden, unterbreitete Kollege Vohmann den Mitgliedern die Bitte, den Zeitungsträgern, welche gleichzeitig Hilfskassierer sind, mit mehr Vertrauen entgegen zu kommen, und die Beiträge an dieselben zu entrichten. Das Mitglied Deiters wurde nach § 7 des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen. Ein Schreiben der ausständigen Kollegen in Hamburg gab Veranlassung, denselben einen Beweis unserer Solidarität zu geben. Auf Antrag des Kollegen Brühns wird am Sonntag, den 16. August, ein gemeinschaftlicher Ausflug stattfinden. —

Söchst a. M. Am Mittwoch, den 8. Juli, Abends halb 9 Uhr, fand im Lokale des Arbeiter-Vereins die Mitglieder-Versammlung unserer Zahlstelle statt. Der zweite Bevollmächtigte legte die Abrechnung vor, welche als richtig befunden wurde. Unsere Mitgliederzahl beziffert sich gegenwärtig auf 58. Es wurde beschloffen, 12 Mark an die Verbandskasse einzusenden und dem hiesigen Gewerkschaftskartell 2 Mark zu überweisen. Ferner wurde ein Antrag zum Beschluß erhoben, nach welchem jedes Mitglied einen freiwilligen Beitrag von 10 Pfg. pro Quartal an das Gewerkschaftskartell zu entrichten hat. Nach Annahme einiger dem Verbandstage zu unterbreitenden Anträge wurde die Versammlung geschlossen.

Kassel. Am 25. Juli fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Ueber das Thema: „Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?“, referierte Genosse Brinkmann. Redner schilderte in leicht faßlicher Weise die Zustände, unter denen die Fabrik-, überhaupt die ungelerten Arbeiter leben, und sagte das Resultat seiner Betrachtung dahingehend zusammen, daß genannte Arbeiterschichten am schlechtesten gestellt seien und darum die größte Veranlassung hätten, sich in einer Organisation eine Vertreterin und Wahrerin ihrer Interessen zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, bittet Redner die Anwesenden, zur nächsten Versammlung wieder zu erscheinen, jeder möge dann noch einen Kollegen mitbringen, und wolle Redner dann sich noch eingehender über das Thema äußern. Unter Punkt 2 der Tagesordnung sprachen mehrere Redner ihre Verwunderung darüber aus, daß die hiesige Agitationskommission des Gewerkschaftskartells noch eine Zahlstelle für Hilfsarbeiter gegründet, trotzdem unsere Zahlstelle seit Jahren besteht. Ein von uns an das Kartell gerichteter Antrag, uns eine Unterstützung bei der Agitation zu gewähren, war von dem Kartell abgelehnt worden. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher dem Gewerkschaftskartell ein Mißbilligungsvotum ausgesprochen wurde. Nachdem mehrere Neuaufnahmen vollaufen, wurde die Versammlung geschlossen.

Kolbermoor. Am 5. Juli hielt in einer hier tagenden Mitglieder-Versammlung Kollege Schuhmacher aus Rosenheim einen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Organisation“. In einer 1 1/2 stündigen Rede entwarf Redner ein Bild von der Lage der unorganisierten Arbeiter, deren Elend und Ausbeutung durch die Unternehmer. Redner erläuterte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an der Hand beweiskräftigen Materials, welche Forderungen wir durchsetzen können, wenn wir uns aufraffen und zahlreich der Organisation beitreten, und forderte zum Schluß, oftmals von Beifall unterbrochen, die Anwesenden auf, unermüdet thätig zu sein, um den Ausbau der Zahlstelle zu vollenden und derselben immer mehr Mitglieder zuzuführen. Zur Aufnahme meldeten sich 10 Personen. Im Laufe der Debatte wurde noch erwähnt, daß ein Hofarbeiter in der Spinnerei 4 Sonntage hintereinander arbeiten mußte, und wurde verlangt, im „Proletarier“ auf diese Ungeheuerlichkeit hinzuweisen. Um 8 1/2 Uhr Abends wurde die Versammlung geschlossen.

Köln. In unserer am 26. Juli tagenden Mitglieder-Versammlung wurden 6 Mitglieder neu aufgenommen. Als Stellvertreter des Bibliothekars wurde Kollege Peter Altröder und als Stellvertreter zum Kartell Kollege Peter Job gewählt. Kollege Wilt, Ditten referierte über: „Die Gas- und Staubexplosionen in den Bergwerken“. Redner sprach über das Grubenunglück bei Kattowitz, wofür 109 Bergarbeiter ihr Leben einbüßten, und wies an der Hand einiger Beispiele nach, daß es sehr gut möglich sei, durch zweckmäßige Ventilation und durch Anfeuchten des Kohlenstaubes Explosionen zu verhüten, aber dadurch leiden ja die Dividenden. Im letzten Jahre haben in Dortmund allein 36 Gas- und 9 Staubexplosionen stattgefunden. Redner wies darauf hin, daß im Reiche des Königs Stumm eine Untersuchungs-Kommission für Gas- und Staubexplosionen besteht, aber die Macht Stumms und seine Menschenfreundlichkeit sei wohl weltbekannt. Des Weiteren schilderte uns der Redner die schrecklichen Verwüstungen, welche derartige Explosionen anrichten, Förderwagen würden plattgedrückt, so groß sei die Gewalt derselben. Da sei es leicht erklärlich, wie es den armen Bergleuten ergeht. Sodann führte uns der Redner die mangelhaften Bergwerke vor Augen. Hierzu wies Redner auf die großartigen Bergarbeiter-Organisationen hin: Wenn das Kapital sieht, daß von 1000 Arbeitern bloß 100 vereinigt sind, so denkt es, damit werden wir schon fertig, sind aber schon 2/3 von 1000 organisiert, dann muß das Kapital schon mit einer solchen Organisation rechnen. Nach einer ersten Mahnung an alle Anwesenden zum Anschließen und Festhalten an der Organisation schloß Redner seinen sehr gediegenen Vortrag. Die hierauf folgende Diskussion, an

welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, zeigte das volle Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Zum 5. Punkt fragte Kollege Schlich an, ob die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter oder Arbeiterinnen auch in der Erbsenfabrik angestellt sein müßten. Die Frage ward bejaht. Nach Erledigung von einigen weiteren örtlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. Im Tragekasten fanden sich 1 Mk. 46 Pfg. zum Besten unserer Bibliothek.

Lauffen. Nachdem es gelungen, am hiesigen Ort eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen, hielt dieselbe am 12. Juli die erste Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Grefing hielt einen interessanten Vortrag, der von der Aufmerksamkeit mit Aufmerksamkeit aufgenommen und verfolgt wurde. Unterem Punkt „Verschiedenes“ wurde die Gründung eines Gewerkschaftskartells angeregt, die entscheidende Beschlußfassung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung kamen die Revisoren in Vorschlag, auch wurde beschloffen, zunächst durch geistlichen Verkehr, Abhaltung gemeinsamer Spaziergänge den Zusammenhalt und die Agitation unter den Kollegen zu fördern. Nach einem Schlußwort des Vorstehenden wurde die Versammlung geschlossen.

Lüneburg. In der am 19. Juli tagenden Mitglieder-Versammlung gab der 2. Bevollmächtigte die Rechnungsablage vom 2. Quartal d. J. 30 Neuaufnahmen wurden vollzogen, an 45 Kollegen Reisegeld ausbezahlt. Die Revisoren erstatteten, bei Prüfung der Abrechnung Alles in bester Ordnung gefunden zu haben, so daß dem 2. Bevollmächtigten der Charge ertheilt werden konnte. — Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß der frühere Hilfskassierer K... sich eines Unterschleisses von 15 Kartellmarken schuldig an habe. — Mit der Aufforderung an die Versammlung für die weitere Ausbreitung des Verbandes thätig zu sein, schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung.

Rothenburgsort. Der am 22. Juli im „Marienhof“, Großer Reich, tagenden Mitglieder-Versammlung lag die traurige Pflicht ob, des Ablebens des Kollegen Stattenhalter in würdiger Weise zu gedenken. Nachdem der Kartellbericht gegeben, wurde der Kollege Holt als 2. Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Unter Punkt 3 der Tagesordnung führte Kollege Jintzwerder an, daß von der Kommission der streikenden Arbeiter auf der Norddeutschen Meismühle schon seit einiger Zeit kein Bericht erfolgt sei. Da die Hälfte der Streikenden unserer Zahlstelle angehört, so lege er den streikenden Kollegen nahe, die Kommission zur Erstattung eines Berichtes zu veranlassen. Eine Antrage gab Veranlassung, daß beschloffen wurde, im Herbst ein Vergnügen abzuhalten; mit den Vorarbeiten wurde eine Kommission von 5 Personen betraut. Die Namen mehrerer Streikbrecher von der Norddeutschen Meismühle wurden der Versammlung bekannt gegeben und beschloffen, dieselben aus dem Verbands auszuschließen. Darauf erhielt der Referent Herr Meyer aus Hamburg das Wort, welcher in vorzüglicher Weise über das Thema „Armut und Verbrechen“ referierte. Ein von dem Kollegen Frey-Hannover an unseren Bevollmächtigten gerichteter Schreiben, welches sich unter Anderem auch mit dem Streik der Arbeiter auf der Norddeutschen Meismühle beschäftigte, gelangte zur Verlesung und wurde von der Versammlung gegen den Inhalt desselben heftig protestiert, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Schiffel. Am 11. Juli tagte im Lokale des Herrn Wode in Schiffel unsere Mitglieder-Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls sollte die Wahl eines Hilfskassierers für Steinbeck stattfinden, dieselbe wurde aber bis zur nächsten in Steinbeck stattfindenden Versammlung verschoben. Ebenfalls konnte die Abrechnung nicht stattfinden, da ein Hilfskassierer noch nicht abgerechnet hatte. Ferner wurde auf Ersuchen des Kollegen Frey-Hannover, von unserem Versammlungsbeschlusse, an der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage nicht theilzunehmen, Abstand genommen, und der Kollege Krüger einstimmig als Kandidat aufgestellt. Nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wilhelmsburg. Sonntag, den 12. Juli, Nachm. 4 Uhr, tagte unsere Versammlung bei Herrn Konow. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kongress in Berlin“ war als Referent Kollege Martens aus Harburg erschienen. Redner warf einen kurzen Rückblick auf die Entstehung der Gewerkschaften und auf die Bedeutung der Kongresse, speziell des letzten und führte am Schluß seines Vortrages die Beschlüsse des letzten Kongresses vor. Dem Redner wurde für seinen einständigen Vortrag reicher Beifall zu Theil. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Wilhelmsburg des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses voll und ganz einverstanden und verspricht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Beschlüsse einzutreten. Zum zweiten Punkt verlas der 2. Bevollm. die Abrechnung, wonach wir ein Guthaben beim Vorstand von 25,95 Mk. haben. Die Abrechnung wurde genehmigt. Zum 3. Punkt: „A. verschiedenes“ berichtete Kollege Köpfe von der Kommiss. betreffs der Angelegenheit Lausche und Schulze. (Raummangel und das uns leitende Bestreben, aus den Spalten des „Proletarier“ alle persönlichen Zänkereien möglichst fern zu halten, verbieten uns, den Bericht der Kommission wiederzugeben. D. Red.) Da ein Theil der seitherigen Bevollmächtigten es ablehnte, mit dem Kollegen Lausche zusammen weiter zu arbeiten, ein anderer Theil aber erklärte, wenn Lausche sein Amt nicht mehr ausübe, sie das ihrige auch niederlegen würden, so war das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren notwendig geworden. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen Alm, Scherwinshy und Köpfe in Vorschlag. Nach einer Erklärung des Kollegen Lausche sind auch die Hilfskassierer gewillt, ihre Posten niederlegen. In 14 Tagen wird eine Extra-Mitglieder-Versammlung einberufen zwecks Vorschlagen der Revisoren und Wahl der Hilfskassierer. Da nur noch etwa ein Dutzend Kollegen anwesend waren, wurde die Versammlung um 8 Uhr geschlossen.

Wilhelmsburg. In der am 26. Juli stattgefundenen Mitglieder-Versammlung hielt Genosse S. Barer, Harburg, einen Vortrag über: „Die Entwicklung der Industrie im Vergangenen, Gegenwärtigen und Zukünftigen.“ Redner führte aus, daß in Deutschland mit den Eroberungszügen der Römer der erste Anstoß zu einer freien Ziele verfolgenden Kulturentwicklung gegeben worden sei. Bis dahin hätten die Einwohner in

